

21.5.2011

## Staatskanzlei

### Publikation der kantonalen Volksinitiative «Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle!»

Die Staatskanzlei hat am 18. Mai 2011 durch Verfügung festgestellt, dass die Unterschriftenliste und der Titel der nachstehenden Initiative den Formvorschriften des Gesetzes betreffend Initiative und Referendum entsprechen.

#### Kantonale Volksinitiative «Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle!»

«Gestützt auf § 47 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 und auf das Gesetz betreffend Initiative und Referendum (IRG) vom 16. Januar 1991 reichen die unterzeichneten, im Kanton Basel-Stadt wohnhaften Stimmberechtigten folgende formulierte Initiative ein:

I. § 34 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt lautet neu wie folgt:

1. Der Staat sorgt aktiv für ausreichende Angebote an Mietwohnraum für alle Bevölkerungsschichten. Dies umfasst vor allem:
  - a) genügend bezahlbare Mietwohnungen für den Mittelstand, und
  - b) genügend preisgünstige Mietwohnungen für die darauf besonders angewiesenen, wirtschaftlich schlechter gestellten Mietparteien.
2. Der Staat gewährleistet diese Angebote mit Massnahmen sowohl der Wohnraumförderung als auch der Wohnraumerhaltung. Zwingende Massnahmen sind:
  - a) Bereitstellung von genügend eigenen kantonalen und kommunalen Sozialwohnungen,
  - b) Objekthilfe und Wohnraumförderung für Neubauten, speziell für gemeinnützige Wohnbauträger,
  - c) Objekthilfe für energieeffiziente Sanierungen von Mietwohnhäusern,
  - d) Objekthilfe zur Beseitigung baulicher Barrieren im Interesse behinderter und betagter Menschen,
  - e) Umfassender Schutz vor Abbruch und Zweckentfremdung sowohl von bezahlbaren als auch von preisgünstigen Mietwohnungen,
  - f) Gewährung von Mietzinszuschüssen (Subjekthilfe).
3. Zur Vermeidung von Wohnungs- und Mietzinsnot müssen staatliche Wohnkonzepte sämtliche Massnahmen gemäss Abs. 2 in genügendem Masse berücksichtigen. Die Sozialpartner im Miet- und Wohnungswesen sind mit einzubeziehen. In Zeiten von Wohnungs- und Mietzinsnot sind die Massnahmen in erweitertem Masse anzuwenden.
4. Besonders gefördert und unterstützt werden sollen gemeinnützige Wohnbauträger, in erster Linie Wohnbaugenossenschaften, aber auch Hilfsorganisationen sowie Stiftungen mit sozialen Zielen im Bereich ihrer Anlagepolitik.
5. Zur Erreichung der Ziele gemäss Abs. 1 sieht der Staat zusätzliche raumplanerische Massnahmen vor, vor allem die Schaffung spezieller Zonen und Bebauungspläne für bezahlbare und für preisgünstige Mietwohnungen. Innerhalb grösserer Überbauungen schreibt er angemessene Anteile an bezahlbaren sowie an preisgünstigen Mietwohnungen vor.

II. Der bisherige § 34 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt wird neu zu § 34a.

Kontaktadresse:

Mieterinnen- und Mieterverband Basel  
(MV Basel)  
Clarastrasse 2  
Postfach  
4005 Basel»

Ablauf der Sammelfrist gemäss § 47 der Kantonsverfassung: *21. November 2012*

Basel, 18. Mai 2011

Die Staatsschreiberin:  
Barbara Schüpbach-Guggenbühl

